Saarlouis, Donnerstag, 17. November 1921.

Saar-Zeitung

Organ der Zentrumspartei für Stadt und Land des Saargaues und das angrenzende Lothringen.

Vierteljährlicher Bezugspreis: Durch unsere Boten 33 Mk. Mit der Post bezogen 36 Mk. Zeilenpreise: a) für Anzeigen 41 mm breitspaltige 1.25 Mk., b) für Reklamen 92 mm breit 3.00 Mk. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt.

Nr. 257.
50. Jahrgang.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten. — In Saarlouis die Geschäftsstelle: Gefängnisstraße Nr. 9. — Telegramm-Adresse Saar-Zeitung. — Fernsprecher: Expedition Nr. 2. Redaktion Nr. 82. Postkonto 86.

Zur Hebung ihres Ansehens und der Steigerung ihrer Vorteile gab der Deutscher seinen Beitritt und Politikerinnen [illegible] Bildungsbund.

Protestnote der deutschen Regierung gegen die Zerstörung der deutschen Werke.

dz. Berlin, 15. Nov. Wie die Deutsche Allgemeine Zeitung hört, ist die Note der deutschen Regierung in der Angelegenheit der deutschen Werke am Sonntag General Nollet in Berlin und gestern durch den französischen Botschafter in Paris der Botschafterkonferenz überreicht worden. Die Note wird heute veröffentlicht werden. — Den Blättern zufolge erklärte gestern die Pariser Gewerkschaftskommission den deutschen Werken in Spandau einen Besuch ab, um sich davon zu überzeugen, was dort hergestellt wird. Nach einem Rundgang erklärte die Gewerkschaftskommission, daß sie die Forderungen der Arbeiterschaft mit allem Nachdruck vertreten werde.

dz. Berlin, 15. Nov. Das Auswärtige Amt hat nachstehendes Schreiben an den Botschafter der Generalkommission Mühlenkamp gerichtet. Zugleich ist die deutsche Botschaft in Paris beauftragt worden, der Botschafterkonferenz eine Note gleichen Inhalts zu übergeben:

Die ehemaligen Werkstätten des Heeres und der Marine sind schon bald nach Ausbruch der Revolution einer völligen Umgestaltung unterzogen worden. Die ordnungsmäßige planmäßige Führung der Betriebe wurde einer gewissenhaften Leitung übertragen, der es gelang, sie unverzüglich auf Friedenswirtschafts-Arbeit einzustellen. Aus wirtschaftlichen Gründen wurde hierfür die Form des Betriebs der Werkstätten als wirtschaftlichen Unternehmens gewählt. Die Umgestaltung der Werke in diesem Sinne war bereits erfolgt, als die Friedensbedingungen bekannt wurden. Man war vor dieser Zeit heute also die vormaligen Reichswerke aufgehört, Heeres-Fabriken im Sinne des Art. 168 des Vertrages zu sein. Um völlige Gewißheit darüber zu haben, daß nicht etwa auf Grund dieses Artikels der Weg einer Schließung beschritten und damit die Existenz vieler Tausender von Arbeitern vernichtet werden würde, wurde der Antrag an die Botschafterkonferenz gerichtet, sie möge sich mit dem Wesen der Werke eingehenden befassen.

Die Botschafterkonferenz hatte diesem Antrage durch ihre Note vom 10. Februar 1920 Rechnung gegeben und ihr Einverständnis an die alleinige Bedingung der Umstellung für die Friedenswirtschaft geknüpft. Irgendwelche Forderung wegen des zu mühelosen Fabrikationsprogramms ist nicht gestellt worden. Die von der Botschafterkonferenz gestellte Bedingung ist in vollem Umfange erfüllt. Mit sehr großem Kostenaufwand wurde die dauernde Umstellung der Werke auf reine Friedensarbeit durchgeführt. Daß dabei für die Wahl des Fabrikationsprogrammes die vorhandenen Maschinen, Einrichtungen und Materialien sowie die Fachkenntnisse der in den Werken beschäftigten Arbeiter mitbestimmend waren, ist selbstverständlich, zumal die Botschafterkonferenz sich in gerade mit Rücksicht auf die Weiterbeschäftigung dieser Arbeiterschaft mit der Erteilung der Betriebe einverstanden erklärt hatte. Zu dem diesen Gesichtspunkten gewählte Fabrikationsprogramm ist niemals Beanstandung durch die Militär-Kontrolle-Kommission und ihren Unterkommissionen niemals vorentfallen worden, die Umstellung ist vielmehr unter ihren Augen und ihrer stetigen genauen Kontrolle vor sich gegangen, sie ist daher offenbar der Ansicht gewesen, daß der der Botschafterkonferenz gestellten Bedingung Genüge geschehen sei, denn sie hat bis in die neueste Zeit keinem Falle Widerspruch erhoben. Nach jahrelanger erfolgreicher Arbeit glaubte die Leitung der Deutschen Werke, die mit der Umstellung der Werke verbundenen Unsicherheiten übernommen und eine gesunde wirtschaftliche Basis gefunden zu haben, die ihren Arbeitern einen bleibende, sichere Existenz gewährleistet. Die letzte Schritt auf Schritt eine Reihe von Maßnahmen der Kommissionen ein, die in völligem Widerspruch mit ihrer bisherigen Haltung und mit dem Beschluß der Botschafterkonferenz vom 10. Februar 1920 stehen und den durch diesen Beschluß garantierten Fortbestand der Werke aufs äußerste gefährdet. Die einzelnen Maßnahmen und ihre Wirkungen sind in Anlage zu diesem Memoiren dargelegt. Es ergibt sich aus den dort gegebenen Ausführungen, daß die Erfüllung der Forderungen der Kommission in ihrer Gesamtheit die Schließung ganzer Betriebe zur Folge hat und damit nicht allein die bisher geleistete Arbeit zu nichte macht, sondern auch Tausende von Arbeitern um ihre Existenz bringen würde. Die deutsche Regierung ist sich bewußt, daß sie kein Vorgehen trifft, aus dem sich plötzliche Stellungswechsel der Kommission ergeben könnte. Alle Forderungen auf Zerstörung und Entfernung von Spezialmaschinen für die Herstellung von Kriegsmaterial, auf Verwahrung von Gemälden auf Umgestaltung von Gebäuden und einzelner Einrichtungen sind, soweit sie gingen, erfüllt worden, um den Werken ein für allemal den Charakter von Heeresgütern zu nehmen.

Werte von vielen Millionen sind so vernichtet worden. Mit welcher Gründlichkeit dabei vorgegangen ist, ist in der Anlage 2 eingehend dargestellt. Jede Gefahr der Umstellung auf die Produktion von Kriegsgerät ist damit beseitigt. Dafür, daß diese Beseitigung eine gerade ist, bürgt nicht nur die rücksichtslose ausgeübte Kontrolle der Kommission; sondern auch die deutsche Regierung und die Arbeiterschaft der Werke selbst tun dafür ein. Die deutsche Regierung verkennt nicht, daß es die Aufgabe der Kontrollkommission ist, die Erfüllung der Bestimmungen des Friedensvertrages und die Durchführung des Beschlusses vom 8. 2. auf das genaueste zu überwachen. Sie hat sich in dieser Erkenntnis, und um auch nur den Anschein der Obstruktion zu vermeiden, in mancher Maßnahme gefügt, deren Zweckmäßigkeit und Zweckmäßigkeit sie nicht erkennen konnte. Im vorliegenden Falle aber muß ein Einspruch hoben werden, weil die neuen Forderungen der Kommission nicht nur ungerechtfertigt, sondern auch geeignet sind, in ihren Auswirkungen schwerste Beunruhigung in weite Kreise des deutschen Volkes zu tragen und die Wiedergewinnung des deutschen Wirtschaftslebens erheblich zu beeinträchtigen. Auf Grund dieser wie der in den Anlagen 1 und 2 aufgezeigten Verhältnisse bittet die deutsche Regierung die Kommission, sich in Abänderung der erhobenen Forderungen damit einverstanden zu erklären, daß 1. in Spandau-Haselhorst und Erfurt die Fabrikation von Stahlwaffen und Munition für Jagdzwecke in der bisherigen Weise und im bisherigen Umfange weiterhin gestattet wird (Aufhebung der Note vom 28. 9. 21), 2. die Anfertigung von Collodium und Nitrozellulose zur Herstellung von Firnissen und Kunstleder gestattet wird und auch die übrige Fabrikation (Schießpulverpapier, Waagen- und Lokomotivpräparaten) unter Beachtung der dafür erforderlichen Werkeinrichtungen weiterhin zugelassen wird (Aufhebung der Note vom 30. 9. 21), sowie Nachprüfung und Einschränkung der Zerstörungsforderungen der Kontrollkommission, Dirigiert Frankfurt a. M. bezüglich des Werkes Wolfsburg, 3. im Hauptwerk Spandau der Ausbau des geplanten Walzwerkes genehmigt wird (Note vom 9. 9. 21), 4. die von der Dirigiertenkommission Berlin bezüglich des Werkes Erfurt getroffenen Anordnungen auf Zerstörung überflüssiger, und zum Teil auf das Friedensprogramm hin neuerdings für Maschinen nachgeprüft und beschränkt werden, 5. die Neuschaffung notwendiger Maschinen nicht unterbunden und unerschwerter Transport von Werk zu Werk nicht gehindert wird, 6. für die trotz vorstehender Nachprüfung unbedingt zerstörungspflichtigen Maschinen eine Verkaufsliste aufgestellt wird, die den Bedingungen genehmigter und normaler Geschäftsführung Rechnung trägt, 5. die durch den Beschluß der Botschafterkonferenz vom 21. 9. 21 geforderte Beschränkung der Verfügungsberechtigung der Deutschen Werke über die Rohmaterialien der Werke aufgehoben werde.

Anlage 1 der Note enthält eine eingehende Zusammenstellung der von der Kontrollkommission für die verschiedenen Betriebe der Deutschen Werke geforderten Maßnahmen und eine Darstellung der Folgen, die sich für den Bestand der Werke aus der Durchführung dieser Maßnahmen ergeben würden. In Anlage 2 sind die Zerstörungen und sonstigen Maßnahmen geschildert, die auf Anordnung der Kontrollkommission in den einzelnen Betrieben durchgeführt worden sind, um den Werken den Charakter von „Heeresgutfabriken" zu nehmen und sie auf reine Friedensarbeit umzustellen.

Verhandlungen mit General Nollet.

dz. Berlin, 15. Nov. Die Vertreter der gesamten Betriebe des Werkes in Spandau der deutschen Werke verhandelten gestern im Auftrage der deutschen Arbeiterschaft mit General Nollet, in mehrstündigen Besprechungen begründete der Vorsitzende des gesamten Betriebsrates die Forderungen der Arbeitnehmer, die auf die Zurückziehung der seit September gegen die deutschen Werke erlassenen Noten abzielten. Die Vertreter der Arbeitnehmerschaft ließen keinen Zweifel darüber, daß sie auf der Erfüllung ihrer Forderungen bestehen würden. General Nollet versprach, die vorgebrachten Gründe der Botschafterkonferenz zu übermitteln.

Stimmen der Presse.

dz. Berlin, 16. Nov. Die Freiheit veröffentlicht eine Erklärung des kommunistischen Reichstagsabgeordneten Malzahn, die besagt, daß seine Mitteilungen im Reichstag über die Herstellung von Waffen in den Betrieben der deutschen Werke vom Zentralbetriebsrat in Spandau widerlegt worden seien. Er habe nicht positiv behauptet; er nimmt an, daß die Mitglieder des Zentralbetriebsrates Opfer einer falschen Berichterstattung geworden sind.

Zum gestrigen Besuch der Arbeiterabordnung der deutschen Werke bei General Nollet weiß der Lokalanzeiger noch mitzuteilen: Die Abordnung habe betont, daß die Forderungen der interalliierten Kommission in den Augen der deutschen Arbeiter deshalb als schikanös empfunden würden, weil die deutsche Arbeiterschaft selbst bestreit sei, die Herstellung von Kriegswaffen über das durch den Friedensvertrag bedingte und zulässige Maß hinaus zu unterbinden. Die Arbeiterschaft ist fest entschlossen, die geplanten Maßnahmen mit allen gewerkschaftlichen Mitteln abzuwehren. Die deutsche Arbeiterschaft werde sich an die internationalen Organisationen wenden und sie zur Solidarität auffordern, da hier den Wohl von 10000 deutscher Arbeiterfamilien bedroht sei.

Reparation und Kreditaktion.

dz. Paris, 15. Nov. Das „Journal" bezeichnet die Meldung der Blätter, wonach das Garantiekomitee der deutschen Regierung mitgeteilt habe, daß es die von der Industrie gestellten Bedingungen für die Anleihe als unerschwinglich für die Entente betrachte, als unrichtig. Das Garantiekomitee sei vielmehr der Meinung, daß der Zeitpunkt für eine Intervention von seiner Seite noch nicht gekommen sei. Allerdings sei es richtig, daß das Komitee die Bedingungen der Industrie zwar nicht als Skandalös, sondern als unverschämt mit dem Friedensvertrag betrachte, zumal, nach der Auffassung der Entente, die deutschen Eisenbahnen eines der Pfänder bei einem eventuellen Zusammenbruch Deutschlands darstellten. Es sei zweifellos, daß die Alliierten sich energisch intervenieren würden, wenn die Regierung den Forderungen der Industrie nachgäbe. Die provozierende Haltung der Großindustrie habe auf die Mitglieder der Reparationskommission einen sehr peinlichen Eindruck gemacht. Namentlich die englischen Delegierten, die die Reise nach Berlin angetreten hatten, seien sehr abgeneigt und hätten das Gefühl, eine Ohrfeige von den deutschen Großindustriellen erhalten zu haben. Die Haltung der deutschen Industrievertreter habe auf der anderen Seite das Ergebnis gehabt, die englischen und französischen Mitglieder der Reparationskommission wieder näher zusammenzubringen.

Die Kommission habe gestern und vorgestern in ihren Sitzungen die Darlegung der deutschen Regierung eingehend geprüft. Eine Entscheidung sei noch nicht gefallen, doch könne man mit Bestimmtheit sagen, daß weder ein Moratorium noch eine Fristverlängerung für die am 15. Januar fällige Rate in Frage kommen würde. Das wird auch von „Echo de Paris" bestätigt, dessen Korrespondent meldet, daß die Entente unter keinen Umständen auf die Bezahlung der Januarrate verzichten würde, daß jedoch für die späteren Zahlungen eine Modifikation der Zahlungsweise ins Auge gefaßt würde.

Die Verhandlungen mit der Reparationskommission.

dz. London, 15. Nov. Reuter meldet aus Berlin: Die Vertreter der verschiedenen Ministerien der deutschen Regierung und der Reparationskommission sind in Gang sind, um zu einer Einigung auf die Methode, der Tilgung der im Januar und Februar fälligen Zahlungen. Man hofft des gegenwärtigen Standes der Mark scheint eine Möglichkeit zu bestehen, daß Deutschland in der Lage ist, Gold aus seinen eigenen Mitteln für diese Zahlungen zu kaufen. Du scheint nun aber daher haben müssen, ehe man der deutschen Banken und Industrien, die in London und New York haben, Darlehen zu erhalten. Es scheint jedoch wenig Hoffnung zu bestehen, daß diese Verhandlungen Erfolg haben werden, wenn die amtlichen Zusicherungen nicht die Sicherheit erlangen, daß irgend eine Regelung, die bezüglich der Leistungsfähigkeit Deutschlands [illegible] gleichzeitig getroffen werden kann. Die Mitteilung aus Londoner Finanzkreisen erklärten, daß sie Deutschland keine Gelegenheit bewilligen würden, um [illegible] auf der Grundlage einer [illegible] und beruhigenden Regelung des Problems der deutschen Verpflichtungen [illegible] Gang der Mark [illegible] Finanzen [illegible] Stoß [illegible] hat, als daß sie [illegible] Deutschland aber eine solche Grundlage Gelegenheit [illegible]

dz. London, 16. Nov. In dem Berichte, daß die Reparationskommission die deutsche Regierung drängt, Kredite im Auslande zu nehmen und zwar auf Grundlage, die der deutschen Regierung von der deutschen Industrie gemacht wurden, sagt die „Westminster Gazette" in einem Leitartikel, daß Deutschland auf der Seite Kredite im Auslande aufzunehmen, ohne man zu einem Beschleunigen Zusammenbruch der Mark führen.

Briand und Hughes.

dz. London, 15. Nov. Aus Washington wird unter dem 14. November gemeldet: Staatssekretär Hughes, der gestern eine lange Konferenz mit Briand und Jusserand über die Stellung Frankreichs gegenüber Deutschland über die französischen militärischen Einrichtungen und die Reparationen hatte, dauert heute lange mit dem italienischen Bevollmächtigten Schanzer und Albertini und hat sie, sowohl an der Erörterung der Abrüstungsfragen als auch an der Frage des fernen Ostens eifrig tätigen Anteil zu nehmen. Wellington Koo pflege wird die chinesische Delegation auf der Washingtoner Konferenz Vorschläge, für eine Regelung der Probleme des fernen Ostens unterbreiten, die auf folgenden allgemeinen Grundsätzen fußen. Von der Nachbilterung Chinas hängt der Friede des fernen Ostens ab. China muß in die Lage versetzt werden, seine eigene wirtschaftliche Wiederherstellung durch die Entwicklung der natürlichen Hilfsquellen des Landes zu bewirken. Die territoriale Integrität Chinas muß gewährleistet werden und weitere Eingriffe durch ausländische Konzessionen müssen aufhören. China muß absolute politische Unabhängigkeit haben und von jeder Einmischung von außen verschont bleiben.

England nimmt die amerikanischen Vorschläge an.

dz. London, 15. Nov. Zu dem Berichte, daß Balfour auf der heutigen Sitzung der Abrüstungskonferenz im Prinzip die amerikanischen Vorschläge betr. Einschränkung der Rüstungen zur See annehmen werde, wird näher gemeldet: Es verlautet, daß eine Hauptterwägung, die Balfour beim Entwurfe seiner gestrigen Antwort auf die Vorschläge Hughes leitete, die Frage ist, was getan werden muß, um Frankreich und Italien in den Bereich des amerikanischen Planes einzubeziehen. Die amerikanischen Delegierten sollen den britischen Kollegen vor Augen gehalten haben, daß es zweckmäßig wäre, wenn man zuerst die vorgeschlagene Rüstungseinschränkung behandele, da diese die drei Hauptmächte, England, die Vereinigten Staaten und Japan betreffe. Außerdem verlaute, daß England vielleicht später die Abschaffung der Unterseeboote vorschlage, und wenn es nicht so weit gehen sollte, für die Beschränkung der Größe oder Bemaßung der Unterseeboote eintreten würde. Die britische Ansicht geht außerdem dahin, daß zugleich mit der Rüstungseinschränkung eventuell eine Verminderung der Rüstungsbetriebsanlagen stattfinden sollte. Die Engländer wollen auch das Ersatzprogramm einstellen und über eine Periode von Jahren verteilt lassen. Die britischen Sachverständigen sind außerdem noch der Meinung, daß die Einschränkung der Flugzeugmutterschiffe den Vereinigten Staaten einen gewissen Vorteil bringe, da die Engländer bereits eine Anzahl solcher Schiffe besitzen, die veraltet wären, während die Vereinigten Staaten neue und überlegenere Art bauen werden. Aus Washington wird gemeldet, daß, obwohl Balfour an der Spitze der britischen Delegation nur in Abwesenheit Lloyd Georges Rede, er bei den Verhandlungen Vollmacht besitze.

Auch die japanische Delegation stimmt dem Vorschlage bei.

dz. London, 15. Nov. Der diplomatische Berichterstatter der Daily News in Washington telegraphiert seinem Blatte, daß nicht nur die britische, sondern auch die japanische Delegation grundsätzlich dem amerikanischen Vorschlag über die Beschränkung der Seerüstungen zustimmen werde. Der parlamentarische Berichterstatter des Daily News schreibt, die großen englischen Rüstungsgegner seien sehr beunruhigt. Die Morning Post berichtet, daß von einem großen Sturz in Rüstungsaktien und den Aktien der Eisen- und Stahlwerke in Bezug der amerikanischen Vorschläge keinerlei Einsicht auf die englische Effektenbörse hatte. Die City sei der Meinung, daß es verfrüht wäre, den am ersten Tage der Konferenz unterbreiteten Vorschlägen zu große Bedeutung beizumessen. Sie sei außerdem der Meinung, daß Großbritannien die Frage der Verteidigung zur See nicht nur vom Standpunkt der britischen Inseln, sondern auch vom Standpunkt des gesamten britischen Reiches aus betrachten müsse. Der politische Berichterstatter der Morning Post schreibt, daß in einigen Tagen eine Konferenz des Reichsverteidigungsausschusses abgehalten werde, um die amerikanischen Abrüstungsvorschläge zu erörtern. — Daily Telegraph berichtet, in Amerika erwarte man, daß die Beratungen der Washingtoner Konferenz mindestens 2 Monate dauern werden. Der Washingtoner Berichterstatter der Morningpost meldet: Die Japaner befürchten, daß die Vereinigten Staaten an Großbritannien und Japan die Aufforderung richten werden, den Bündnisvertrag aufzugeben.

Beurteilung des amerikanischen Vorschlags in Schweden.

— Stockholm, 15. Nov. Die schwedische Presse behandelt den amerikanischen Vorschlag auf eine Begrenzung der Flottenrüstung ziemlich skeptisch. Das „Svenska Dagblad" schreibt: „Die erste starke Meinungsverschiedenheit wird schon beim Verhandeln des Begrenzungsproblems sich einstellen." „Stockholms Dagblad", bezweifelt, daß der tiefe Friedenswille bei allen Völkern, die heute leiden müssen, sich auch wirksames Gehör bei den Diplomaten in Washington verschaffen kann. „Nya Dagligt Allehanda" glaubt nicht, daß Japan Harakiri an seiner Macht verüben werde.

Attentat auf Tschitscherin.

dz. Königsberg, 15. Nov. Einer Radiokist aus Riga zufolge soll am 4. November auf Tschitscherin in seinem Kupeewagen ein Attentat verübt worden sein, wobei zwei Revolverschüsse auf ihn abgegeben wurden, die aber fehlgingen. Der Attentäter soll Mitglied einer sozialistisch-revolutionären Terrorgruppe sein. Die von den ꝛc. Lito Korrespondenz gefälschte außerordentliche Kommission verhaftete 3000 Personen.

Einmarsch deutsch-österreichischer Truppen in Westungarn.

fk. Fasenstadt, 15. Nov. Der langerwartete Einmarsch der deutsch-österreichischen Truppen ist am Sonntag erfolgt. 20000 Mann gut ausgerüsteter Soldaten stehen zur Verfügung, die Befehl haben, jeden Widerstand zu brechen.

Personalunion zwischen Ungarn und Rumänien?

dz. Bukarest, 15. Nov. Die Agentur Orient Radio teilt mit: Das in ausländischen Blättern verbreitete Gerücht von einer geplanten Personalunion zwischen Ungarn und Rumänien ist in jeder Hinsicht erfunden. Die letzten Ereignisse hätten bewiesen, daß Rumänien die solidarische Politik der Kleinen Entente zu befolgen beabsichtige.